

BRÜSSELER NOTIZEN

zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ausgabe vom
22. Dezember 2023

Berichtszeitraum: 01.12.2023 bis 22.12.2023

Inhalt:

- Europäischer Rat zu Finanzen und Ukraine
- EU und Kenia unterzeichnen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
- EU-China: Gipfeltreffen im Sinne konstruktiver und stabiler Beziehungen
- EU setzt weiterhin auf Wirtschaftshilfen im Westbalkan
- Sicherheit und Verteidigung: EU beschließt Initiative im Golf von Guinea
- Bilanz zur COP28
- Kurzmeldungen



Europäischer Rat zu Finanzen und Ukraine

Zum Abschluss des Jahres tagte der [Europäische Rat](#) am 14. und 15. Dezember in Brüssel. Er stand ganz im Zeichen der Ukraine-Finanzhilfen, der damit zusammenhängenden Aufstockung des EU-Haushalts und der Erweiterung der Union. Einigkeit konnte allerdings nur in der Erweiterungsfrage erzielt werden. So wurde die Empfehlung der Kommission zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine einstimmig – in kurzzeitiger Abwesenheit des blockierenden ungarischen Ministerpräsidenten – angenommen, auch gültig für Moldau, während Georgien Kandidatenstatus erhält und mit Bosnien-Herzegowina erst nach Erfüllung der notwendigen Kriterien verhandelt wird. Auf Januar 2024 verschoben wurde hingegen die Freigabe weiterer finanziellen Hilfen für die Ukraine i.H.v. 50 Mrd. EUR, die am Veto Ungarns scheiterte, und damit auch die von der Kommission geforderte Aufstockung des EU-Haushalts 2021-2027 (Mehrjähriger Finanzrahmen) anlässlich seiner Halbzeitüberprüfung um insgesamt 66 Mrd. Begründet wird die Haushaltserhöhung mit der finanziellen Notlage durch den russischen Krieg in der Ukraine, die Corona-Pandemie, Migrationslasten und das neue Technologie-Förderungsprogramm (STEP).

Einigen konnte man sich hingegen auf eine Verschärfung der restriktiven Maßnahmen gegen Russland im **12. Sanktionspaket** zum Verbot der Einfuhr, des Erwerbs oder der Weitergabe von Diamanten aus Russland. THOMAS LEEB

EU und Kenia unterzeichnen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

Am 18. Dezember 2023 unterzeichneten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der kenianische Präsident William Samoei Ruto ein weitreichendes [Handelsabkommen zwischen der EU und Kenia](#). Bezogen auf Nachhaltigkeitsbestimmungen wie Umweltschutz und Arbeitnehmerrechte ist es das ehrgeizigste Handelsabkommen, das die EU jemals mit einem Entwicklungsland unterzeichnet hat. „Das neue Wirtschaftspartnerschaftsabkommen wird den bilateralen Handel noch weiter ankurbeln, Investitionen fördern und gute Arbeitsplätze in Kenia schaffen,“ betonte die Kommissionspräsidentin.

Im Anschluss reiste von der Leyen weiter nach Ruanda und hob die Bedeutung der Beziehungen hervor. Unter der Investitionsinitiative Global Gateway investiert die EU rund 900 Mio. EUR in Ruanda. Gesundheit, Agrarwirtschaft und kritische Rohstoffe sind Schwerpunktthemen. MICHELLE WIESNER

EU-China: Gipfeltreffen im Sinne konstruktiver und stabiler Beziehungen

Am 7. Dezember 2023 fand das [24. EU-China Gipfeltreffen](#) in Peking statt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel vertraten die EU; auch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell nahm teil. Im Mittelpunkt der ersten Präsenztagung seit 2019 stand die Gelegenheit zum Dialog und zur Erörterung u.a. der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie einer Reihe internationaler Herausforderungen.

So verfolgt die EU das Ziel, das Ungleichgewicht in den Wirtschaftsbeziehungen zu korrigieren, und drängt auf gleiche Wettbewerbsbedingungen und Gegenseitigkeit sowie auf konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Marktzugangs und des Investitionsumfelds für Investoren und Exporteure aus der EU. Zudem unterstrich die EU die hervorgehobene Rolle und besondere Verantwortung Chinas in Bezug auf Russlands Angriffskriegs gegen die Ukraine. Hinsichtlich des Nahen Ostens bekräftigen beide Parteien ihre Unterstützung für die Wiederbelebung eines politischen Prozesses auf Grundlage der Zwei-staatenlösung und die Notwendigkeit, die humanitären Lage im Gazastreifen zu verbessern. Schließlich bekundete die EU ihre Besorgnis über die Menschenrechtssituation, insbesondere in Xinjiang und Tibet, sowie über die Spannungen in der Taiwanstraße und im Ost- und Südchinesischen Meer. CONSTANTIN

BLASCHKE

EU setzt weiterhin auf Wirtschaftshilfen im Westbalkan

Albanien, Serbien, Montenegro und Nordmazedonien müssen weiter auf konkrete Beitrittsdaten warten. Stattdessen setzen die EU-Staats- und Regierungschefs auf Wirtschaftshilfen, um die Partnerländer näher an die Union zu heranzuführen. Das wurde auf dem [EU-Westbalkan-Gipfel](#) am 13. Dezember 2023 beschlossen. Brüssel bekräftigte bei dem Treffen, dass „die Zukunft des Westbalkans in der Union liegt“. Dafür sind jedoch nachhaltige Reformergebnisse der Westbalkanländer erforderlich. Um diese zu ermöglichen, hat die Kommission erst kürzlich einen Wachstumsplan in Höhe von 6 Milliarden EUR verabschiedet, der die schrittweise Integration voranbringt. Ein weiteres Anliegen ist die strategische Partnerschaft beider Seiten. Auch hier signalisierte die EU ihre Bereitschaft, „die Zusammenarbeit mit dem Westbalkan in zentralen Sicherheits- und Verteidigungsfragen zu verstärken“. LAURA LAHNER

Sicherheit und Verteidigung: EU beschließt Initiative im Golf von Guinea

Der [EU-Außenministerrat](#) beschloss am 11. Dezember 2023 die Einrichtung einer Sicherheits- und Verteidigungsinitiative im Golf von Guinea. Ziel ist es, die westafrikanischen Staaten Côte d'Ivoire, Ghana, Togo und Benin in der Bekämpfung von terroristischen Vereinigungen in ihren nördlichen Gebieten zu unterstützen, insbesondere mittels Kapazitätsaufbaus der Streitkräfte. Ferner trägt die zivile Säule der Initiative dazu bei, Rechtsstaatlichkeit und verantwortungsvolle Staatsführung im Sicherheitssektor und somit Vertrauen zwischen der Zivilgesellschaft und den Sicherheits- und Verteidigungskräften zu fördern. Damit unterstreicht die EU ihren Anspruch und ihr Engagement, Frieden und Stabilität in der Sahelzone zu fördern. Das Mandat umfasst zunächst zwei Jahre und soll in Verbindung mit den Unterstützungsmaßnahmen der Europäischen Friedensfazilität implementiert werden. CONSTANTIN BLASCHKE

Bilanz zur COP28

Eine Senkung der Emissionen auf Netto-Null bis 2050, die Abkehr von fossilen Brennstoffen und ein Schadens- und Verlustfonds für ärmere Länder - das sind die wesentlichen Errungenschaften der 28. Klimakonferenz in Dubai. Diese decken sich weitgehend mit den von den EU-Institutionen vorab gestellten Forderungen. Das Parlament hatte ambitionierte Ziele formuliert, darunter die in der COP28-[Abschlusserklärung](#) verankerte CO₂-Neutralität bis 2050. Konkrete Vorhaben werden fortan dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen. Dazu gehören die Reduktion der globalen Emissionen um 43 %, die Verdreifachung der Kapazitäten erneuerbarer Energien und die Verdoppelung der Energieeffizienz bis 2030. Ein zentrales Anliegen der EU war es zudem, den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen bis spätestens 2050 sicherzustellen. In Dubai einigten sich die Parteien letztlich auf die „Abkehr von fossilen Brennstoffen“. Auch wenn dies nicht der seitens der EU geforderte Ausstieg ist, zeigte sich Kommissionspräsidentin von der Leyen über den Schritt erfreut und betonte, dass „ein entscheidender Teil dieses historischen Abkommens Made in Europe“ sei. Als weiteres Highlight ist die Einigung auf den "Loss and Damage"-Fonds, der ärmeren Ländern Unterstützung bei der Bewältigung klimabedingter Schäden zusichert, zu werten. Dafür hatte sich die EU nicht nur vorab engagiert; ihre Mitgliedstaaten haben auch zwei Drittel der ursprünglich zugesagten Mittel auf der COP28 zugesagt. LAURA LAHNER

Kurzmeldungen NICO GÖRICKE

Die EU kündigte am 8. Dezember 2023 für das Jahr 2024 125 Mio. EUR an [Entwicklungshilfen für die](#)

[palästinensischen Gebiete](#) an. Dies ist eine deutliche Erhöhung gegenüber den 103 Mio. EUR dieses Jahres.

Am 13. Dezember 2023 unterzeichneten die EU und Chile ein aktualisiertes [Rahmenabkommen \(AFA\) und Interim-Handelsabkommen \(iTA\)](#), welche zusammen die politischen und ökonomischen Beziehungen stärken sollen. Demnach werden beispielsweise 99,9 % der EU Exporte zollfrei sein.

Nach zunehmender Unterdrückung der Opposition in [Weißrussland](#) trafen sich demokratische und zivilgesellschaftliche Gruppen mit der EU am 12. Dezember 2023 in Brüssel, um die aktuelle Situation zu besprechen. Die nächsten Wahlen in Weißrussland werden im Februar 2024 stattfinden.

Dr. Thomas Leeb, Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Unter Mitarbeit von **Constantin Blaschke, Nico Göricke, Michelle Wiesner, Laura Lahner**

Impressum

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | www.hss.de
Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter
Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: brussels@hss.de

Finden Sie uns auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und [Twitter](#).
Melden Sie sich für unseren [Veranstaltungsverteiler](#) an.